

Zusammengefasste Texte von Correctiv

Inhalt

Zusammengefasste Texte von Correctiv	1
Titel: Nebeneinkünfte im Landtag NRW: Die Problemfälle.....	2
Zwischenzeile: Römer im Zeichen der Kohleindustrie	2
Zwischenzeile: Weitere Nebeneinkünfte stechen heraus.....	3
Zwischenzeile: Direkter Einfluss der Sparkassen.....	4
Zwischenzeile: Die Affären der Volksparteien	5
Listenwahl: Chaos in der AfD-NRW	5
Unterzeile: NRW-Spitzenkandidat Marcus Pretzell verliert Mehrheit. Befriedung der Partei gescheitert.....	5
Lead-In:.....	5
Fließtext:.....	6
Zwischenzeile: Ein Angriff auf Petry	6
Zwischenzeile: Partei außer Kontrolle.....	7
Zwischenzeile: Pretzell ohne Mehrheit	8
Zwischenzeile: Der Abgang.....	10
"Ein Giftpfeil im Herzen der Stadt".....	10
Einst Planer, jetzt Kritiker: Stararchitekt Walter Brune (90) über die Folgen von Einkaufszentren und die Zukunft des Ruhrgebiets.....	10
Deutschlands Sparkassen sind großzügig beim Spenden – und knausrig bei den Ausschüttungen an die Kommunen.	11
Bochumer Kriminalexperte zu den Folgen der gefühlten Sicherheitslage	11
Wem die Angst nützt.....	11
Bochumer Kriminalexperte zu den Folgen der gefühlten Sicherheitslage	11
Bochumer Paradoxie	11
Bedrohliche Themen	12
Zweifelhafte Überwachungskameras.....	12
„Rainer Wendt ist kein Polizist!“	12
Fragwürdige Gesinnung bei Polizisten	12
Behörden dürfen Bürgern, die Informationen wollen, keine abschreckend hohen Gebühren mehr aufbrummen.....	13
Aus einer Anfrage wurden 60 Einzelfälle	13
Klage mit Hilfe des DJV	14
Gericht vermutet abschreckende Wirkung	14
Wirtschaftsförderung mit Problemen	14
Rechnungshof kritisiert NRW-Außenwirtschaft	15
Landtagskandidat aus Kirchhellen hetzt mit falschem Bild.....	17
Unterzeile: Der Essener Bergmann Guido Reil soll für die AfD Arbeiter in NRW einfangen.....	17
Zwischenzeile: Fernsehen als Karriereschritt	18
Zwischenzeile: AVA macht Punkte	18
AfD-NRW: Die gespaltene Partei	19
Zwischenzeile: Arbeitnehmervertreter schwach	23
+++ Unsere Nennung +++	23

Titel: Nebeneinkünfte im Landtag NRW: Die Problemfälle

Unterzeile: Immer wieder kommt es zu Interessenkonflikten. Oft werden diese nicht offengelegt. Trotz Transparenzrichtlinien.

LeadIn: Lobbyismus und Politik sind tief und eng miteinander verbunden. Es geht um Macht und Einfluss. Die gesetzlichen Regeln schreiben in NRW vor, dass die Abgeordneten die meisten Nebeneinkünfte veröffentlichen müssen. Das tun sie. Aber zu oft ziehen sie keine Konsequenzen aus den offengelegten Interessenkonflikten.

Fließtext: Die Regel sagt, dass es auf Transparenz ankommt. Wer gibt wem Geld? Erst im vergangenen Monat kam der Skandal um die käuflichen Ministergespräche der NRW-SPD ans Licht – und sorgte für Aufregung. Der Fall erinnerte stark an die Diskussion um käufliche Treffen mit dem damaligen Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers (CDU) kurz vor der NRW-Landtagswahl im Jahr 2010.

Doch selbst wenn Transparenz herrscht, gibt es immer noch Interessenkonflikte, die nicht einfach erledigt sind, wenn sie offen gelegt werden. Das Konfliktpotenzial bleibt. So dokumentiert eine Recherche von CORRECTIV.RUHR in den Abgeordnetenprofilen, wie weit der Einfluss von Banken, der Kohleindustrie und der Sparkassen in den NRW-Landtag reicht. Ausgewertet wurden die zusätzlichen Tätigkeiten. Wird von einem Abgeordneten sein erlernter Beruf oder sein Geschäft parallel zum Mandat weiter ausgeübt bzw. geführt, floss das nicht in die Auswertung ein.

Zwischenzeile: Römer im Zeichen der Kohleindustrie

Der vermutlich größte Fall ist der von Norbert Römer, dem Fraktionsvorsitzender der SPD. Neben seinen Landtagsbezügen verdiente er im Jahr 2015 über 60.000 Euro hinzu. In der ersten Hälfte 2016 waren dies bereits über 85.000 Euro – wobei jeder Abgeordnete noch bis Anfang des Folgejahres für das vergangene Einkünfte nachtragen kann; heißt, die Summe wird weiter steigen. Römer teilte uns mit, dass er seine gesamten Einnahmen gemäß der Auflagen für Abgeordnete veröffentliche und die Einkünfte ordnungsgemäß versteuere.

Interessant wird es, genauer zu schauen, woher das Geld in Römers Tasche fließt. Neben den rund 11.000 Euro von der landeseigenen NRW.Bank erhält er rund 9.000 Euro vom BvB, dessen Hauptsponsor ist der Konzern Evonik. Evonik selber ist wiederum die wichtigste Tochter der RAG-Stiftung, die den Auslauf des Bergbaus in NRW überwachen soll. Die RAG-Stiftung ist schließlich eine öffentliche Anstalt, die von mehreren Politikern im Kuratorium beaufsichtigt wird. Die SPD stellt die größte Gruppe im Kuratorium. Zum Beispiel sitzt dort Hannelore

Kraft (SPD) Ministerpräsidentin von NRW, Sigmar Gabriel (SPD), Bundesminister für Wirtschaft und SPD-Chef, sowie Heiko Maas (SPD), Bundesminister der Justiz, oder Harry Voigtsberger (SPD), früherer Wirtschaftsminister aus NRW.

Doch nicht nur über diese Kurve bekam Römer Geld aus der Kohlerichtung. Darüber hinaus bekam er bis Juni rund 45.000 Euro als Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG (RAG), dem Bergbaukonzern aus dem Ruhrgebiet. Diese Firma gehört ebenfalls der RAG-Stiftung.

Fraktionschef Römer bekam also direkt und indirekt rund 65.000 Euro aus Kassen, die der öffentlichen Hand zuzurechnen sind, neben seinem Gehalt als Chef der SPD-Landtagsfraktion. Anders gesagt: Er bekam aus zwei getrennten Wegen Geld aus öffentlichen Kassen.

Weitere rund 25.000 Euro kassierte Römer obendrauf von der Rütgers GmbH, einem Kohle-Chemie-Unternehmen, das früher Evonik gehörte. Mittlerweile ist die Rütgers GmbH in der Hand eines amerikanischen Unternehmens und unterhält ein Joint Venture in Russland.

All diese Nebentätigkeiten sind legal. Allerdings hinterlässt der Geldfluss einen schalen Geschmack. Die Nebentätigkeiten erzeugen Abhängigkeiten, die zu Lasten einer ehrlichen Politik gehen können. Und hier fließt Geld aus einem öffentlichen Topf über Umwege an eine öffentliche Figur. Kann Norbert Römer unabhängig entscheiden, wenn es um die Kohle und den Bergbau im Ruhrgebiet geht?

Zwischenzeile: Weitere Nebeneinkünfte stechen heraus

Jeder vierte Abgeordnete verdient neben seiner monatlichen Diät von 11.006 Euro brutto (inklusive Altersvorsorge) etwas hinzu. Im Schnitt waren das im vergangenen Jahr immerhin 1.028 Euro im Monat. Ein weiterer Spitzenverdiener in NRW ist der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner. Er verdiente im vergangenen Jahr rund 65.000 Euro nebenher. Bis November dieses Jahres gab er 78.500 Euro als Nebenverdienst an. Seine Einnahmequellen fallen auf: Er bekommt vor allem Geld für seine Vorträge vor Bankern, Unternehmen und Unternehmensberatern – unter anderem 6000 Euro für die Wohnungswirtschaftlichen Gespräche in Weißach.

Für die Kapitalmarktkonferenz der DZ Bank und den Politischen Salon der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG gab es im Juli 2016 nochmals 11.000 Euro. Dazu kamen im April zusammen 19.500 Euro unter anderem von der Hitmeister GmbH und dem Handelsriesen REWE. Als das Geld von REWE kam, tobte übrigens die Übernahmeschlacht um die Supermarktkette Kaiser's Tengelmann.

Lindner sieht in seinen Vorträgen keine Interessenkonflikte. „Obwohl ich gelegentlich zu Reden vor den Kunden von Banken eingeladen werde, gehöre ich ja beispielsweise zu den schärfsten Kritikern der staatlichen Bankenrettung“, sagte er auf unsere Anfrage.

Als recht geschäftstüchtig beweisen sich die meisten Liberalen im NRW-Landtag. Zwar liegen sie mit 18,18 Prozent beim Anteil der Hinzuverdiener innerhalb der Partei nur an dritter Stelle – rund jeder dritte Sozialdemokrat (29,59 Prozent) erwirtschaftet neben dem Landtag hinzu und führt damit die zweifelhafte Tabelle an, gefolgt von den Christdemokraten mit rund 26,47 Prozent – bekommen die FDP-ler doch im Parteidurchschnitt am meisten Geld: 22.426,77 Euro im vergangenen Jahr. Das ist fast so viel wie die Durchschnitts-Nebenverdienste von SPD und CDU zusammengerechnet. Trotzdem wird es besonders für die Sozialdemokraten unangenehm, wenn man genauer in die Verdienstabellen schaut.

Zwischenzeile: Direkter Einfluss der Sparkassen

Brisant sind zudem die Aktivitäten der Sparkassenvertreter im Landtag NRW. Auch hier gibt es jede Menge Nebenverdienste. Allen voran die Sozialdemokraten, die mit insgesamt über 330.000 Euro fast die Hälfte aller Nebeneinkünfte für sich beanspruchen.

Ein halbes Dutzend Abgeordneter sitzen in den Verwaltungsräten kommunaler Sparkassen und beziehen dafür Geld. Im Einzelfall über 70.000 Euro. Gleichzeitig sitzen ausgerechnet diese Abgeordneten auch noch im Haushalts- und Finanzausschuss. Dort berät das Parlament über das Sparkassengesetz und wichtige Regelungen für die kommunalen Kassen, von den Renten und Gehältern für das Spitzenmanagement bis zu den Transparenzvorschriften. Rechnet man die Einkünfte zusammen, die der SPD-Abgeordnete Martin Börschel 2015 und bislang für 2016 veröffentlicht hat, hat er allein von der Sparkasse KölnBonn über 76.000 Euro bekommen.

Sein Ausschuss-Genosse Hans-Willi Körfges (SPD) kommt bisher auf insgesamt knapp 44.000 Euro von der Stadtsparkasse Mönchengladbach. Der dritte SPD-Mann, der im Haushalts- und Finanzausschuss sitzt und von einer Sparkasse Geld bekommt, heißt Wolfgang Große-Brömer. Er hat seit 2015 über 22.000 Euro von der Stadtsparkasse Oberhausen bekommen. Große-Brömer sagte gegenüber CORRECTIV.RUHR: „Nein, ich sehe keinen Interessenkonflikt zwischen meiner Aufgabe als Mitglied des Verwaltungsrates der Stadtsparkasse Oberhausen und meiner Funktion als stellvertretendes Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses. Selbst dann nicht, wenn ich im HFA ordentliches Mitglied wäre.“

Kein Problem oder Interessenkonflikt, über die Institute zu bestimmen, die einen bezahlen? Bei den Christdemokraten im Finanzausschuss hat Norbert Post seit 2015 rund 60.000 Euro von der Stadtsparkasse Mönchengladbach kassiert. „Ich gehöre dem Aufsichtsrat der Volksbank Heinsberg eG und deren Vorgängerinstituten seit mehr als 27 Jahren an, also viel län-

ger, als ich Landtagsabgeordneter bin. (...) Zwischen Aufsichtsratsmandat und politischer Tätigkeit hat es nie Wechselwirkungen gegeben“, sagt sein CDU-Kollege Bernd Krückel. Er bekam seit verganginem Jahr über 35.000 Euro von der Volksbank Heinsberg, sowie rund 3000 Euro von der NRW-Bank.

„Derart üppige Nebenverdienste sind schädlich für das Ansehen aller Abgeordneten“, heißt es in einer Mitteilung der Internetplattform Abgeordnetenwatch. „Einige Landtagsabgeordnete kassieren zum Teil beträchtliche Summen aus der Wirtschaft, woraus sich massive potentielle Interessenkonflikte ergeben können.“ Dass sich ein Abgeordneter bei Themen, die Interessenskonflikte darstellen könnten, einer Abstimmung enthält, käme nie vor, sagte ein Abgeordneter des Haushaltsausschusses im Gespräch mit CORRECTIV.RUHR.

Zwischenzeile: Die Affären der Volksparteien

Mit Affären um Nebenverdienste haben die zwei großen Volksparteien in NRW immer wieder für Furore gesorgt: Als 2010 der damalige Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) für 20.000 Euro Gespräche mit Unternehmern wahrnahm, kritisierten die Sozialdemokraten um Kraft scharf die Käuflichkeit der Politik. Allen voran polterte Parteioberrhaupt Sigmar Gabriel: „Wir verkaufen keine Amtsträger und auch nicht die Partei an andere Leute, die genug Geld haben. Das gilt für die deutsche Sozialdemokratie“, hatte er gesagt.

Im vergangenen Monat folgte dann die Affäre „rent-a-sozi“. Die Kommunikationsagentur des SPD-Parteimagazins „Vorwärts“ ließ sich Treffen mit hochrangigen Politikern „sponsern“. 3000 bis 7000 Euro wurden für Politikertreffen eingenommen: Darunter SPD-Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Verkehrsminister Michael Groschek. Angeblich alles legal – obwohl der Vorwurf wegen illegaler Parteienfinanzierung weiterhin im Raum steht.

Ein Vertreter der SPD-Agentur sagte einer verdeckt arbeitenden Reporterin des ZDF-Magazins Frontal 21: „Mit zwei, drei Monaten Vorlauf organisieren wir für Sie ein Vorwärts-Gespräch. Früher hießen die Kamingespräche. Aber das muss seit Rent-a-Rüttgers alles etwas offizieller klingen. (...) Sie sind ein sogenannter Unterstützer und zahlen 7000 Euro für ein gesetztes Essen. Sie entscheiden dann, wer daran teilnehmen soll, und wir organisieren ihnen dann den Minister, den Fraktionsvorsitzenden oder den Staatssekretär, den sie haben wollen.“

Listenwahl: Chaos in der AfD-NRW

Unterzeile: NRW-Spitzenkandidat Marcus Pretzell verliert Mehrheit. Befriedung der Partei gescheitert

Lead-In:

Die AfD-NRW versinkt im Chaos. Trotz heftiger Manipulationsvorwürfe wird die AfD ihre Kandidatenliste für die Landtagswahl in NRW an diesem Sonntag in Rheda-Wiedenbrück wei-

ter aufstellen. Doch der Chef der AfD in NRW, Marcus Pretzell, hat keine Mehrheit mehr. Damit schwindet auch der Einfluss von Pretzells Lebensgefährtin Frauke Petry in der Bundespartei.

Fließtext:

Schlechte Nachrichten für die AfD in NRW: Die Mehrheit der AfD-Delegierten misstraut der Landesliste für den kommenden Landtagswahlkampf. Der Verband ist tief gespalten und der AfD-Spitzenkandidat Marcus Pretzell hat keine Mehrheit mehr. Allein die Geschäftsordnung für die Wahlversammlung der AfD in Rheda-Wiedenbrück rettete Marcus Pretzell, den Chef der AfD-NRW, bislang vor dem einem krachenden Untergang.

Die Verbindung zwischen der AfD-Bundeschefin Frauke Petry und ihrem Lebensgefährten Pretzell ist nach den im Stern veröffentlichten Protokollen einer WhatsApp-Gruppe unter Beschuss. Aus den Papieren ging hervor, wie eine Machtgruppe aus dem Pretzell-Lager mit rüden Methoden die bisherigen Wahlgänge zur Landesliste gesteuert hatte. Mikrofone wurden besetzt, Fragerunden manipuliert und Kandidaten unter Druck gesetzt. Zudem wurde bekannt, dass eine Wahlhelferin Stimmzettel vernichtet hatte. Pretzell selbst sprach von „Wahlfälschung“ und drohte mit dem „Staatsanwalt“.

Zwischenzeile: Ein Angriff auf Petry

Die innerparteilichen Gegner der Bundessprecherin Petry nutzen die Affäre nun für einen offene Angriff auf den AfD-Landesverband in NRW und damit auf die Machtbasis der Partei-sprecherin. Die Führer des völkischen Flügels der AfD, Alexander Gauland aus Brandenburg und Björn Höcke aus Thüringen, beklagten in einer offiziellen Stellungnahme die Zerrissenheit der AfD in NRW, die Machtkämpfe würden mit „unlauteren Mitteln“ ausgetragen, die Methoden widersprächen dem Geist der AfD. Gauland und Höcke forderten die Schiedskommission der Partei auf, die Vorwürfe zu überprüfen.

Das Machtpaar Petry und Pretzell ist seither in der Defensive. Ihr Schicksal hängt an der Wahlversammlung in Rheda-Wiedenbrück. Petry eilte am Samstagabend in die Halle der westfälischen Kleinstadt. Im Gespräch mit CORRECTIV.RUHR warf sie Höcke und Gauland vor, mit ihren Angriffen direkt auf sie zu zielen. Petry distanzierte sich inhaltlich diesmal klar von der Rhetorik des völkischen Politikers Höcke. Im September hatte Petry noch behauptet, es gäbe keine „inhaltliche Unterschiede“. Auf die Frage, wie der Machtkampf ausgehen werden, antwortete Petry nun, diese Frage müsse von den Mitglieder entschieden werden. Nur diese könnten festlegen, in welche Richtung sich die Partei bewege. Petry bezog sich in der Halle von Rheda-Wiedenbrück erneut auf Höckes Ausführungen zum „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“ im Winter 2015. Höcke hatte diese Theorie während eines Vortrages in einem rechtsvölkischen Institut entwickelt. Petry sagte nun, der von Höcke gewählte Begriff sei völliger Unsinn. Bereits damals hatte die AfD-Chefin Höcke für die „Ausbreitungstyp“-Aussagen scharf kritisiert, und tut es nun erneut. Der völkisch gesinnte Höcke läßt sich von der Kritik nicht beeindrucken. Erst vor wenigen Wochen bestand er in einem

[Facebookpost](#) erneut darauf, dass er mit dem Bergiff „des lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyps“ recht gehabt hätte.

<https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1761825290725416.1073741831.1424631334444815/1769881269919818/?type=3&theater>

Zwischenzeile: Partei außer Kontrolle

In Rheda-Wiedenbrück geriet die AfD in NRW außer Kontrolle. Eine Mehrheit der knapp 400 Delegierten der Landeswahlversammlung wollten am Samstag einen Kurswechsel. Sie lehnten in einer offenen Abstimmung die Absprachen ihres Landesvorsitzenden und Spitzendanden Marcus Pretzell ab. Die bisherige Landesliste sollte wegen der im Stern veröffentlichten Manipulationsvorwürfe für ungültig erklärt werden. Eine neue Liste sollte gewählt werden.

Nur mit Glück konnte sich Pretzell durchsetzen. Die Geschäftsordnung schreibt vor, dass die Delegierten die Tagesordnung hätten ändern müssen, um über die Ungültigkeit der bisher gewählten Listenplätze abzustimmen zu können. Für diese Änderung hätte Zweidrittel der Delegierten stimmen müssen. Es war aber nur eine einfache Mehrheit gegen die Liste. Somit konnte Pretzell weiter wählen lassen, ohne die bisherige Liste antasten zu müssen.

Jeder Kandidat, der über die Liste in den Landtag einzieht, kann mit Bruttoeinkünften von insgesamt rund 500.000 Euro rechnen, sollte die AfD bei den Wahlen im kommenden Mai über fünf Prozent kommen.

Doch trotz dieses knappen Sieges offenbarte die Abstimmung über die Tagesordnung eine neue Realität in der AfD. Der knapp im September im Streit um die Spitzenkandidatur knapp gegen Pretzell unterlegende Thomas Röckemann brachte den Antrag auf Änderung der Tagesordnung ein. Er bekam nun die Mehrheit der Stimmen. Pretzell, der gegen die Änderung der Tagesordnung sprach, hatte keine Mehrheit mehr.

Pretzell sagte, die in den WhatsApp-Gruppen verabredeten Mauscheleien seien nicht schön, aber doch der Beweis, dass in der AfD anders als in den Altparteien noch um Mehrheiten gerungen würde, sagte Pretzell.

Dafür erntete der AfD-NRW-Chef höhnisches Lachen.

Zwischenzeile: Ein Pyrrhussieg

Pretzell sagte wieder, er habe von diesen Whatsapp-Gruppen nichts gewusst. Sie würden die Legitimität der bisherigen Wahlen auch nicht in Frage stellen. Und auch die vernichteten Wahlzettel bei einem Wahlgang hätten keinerlei Auswirkung auf das Ergebnis und damit der Gültigkeit der bisherigen Wahlen gehabt.

Die Argumente verfangen allerdings nicht. Die Mehrheit der Delegierten wollten die Neuwahl. Das Vorstandsmitglied David Eckert trat daraufhin in einer emotionalen Rede aus dem

Landesvorstand der AfD-NRW zurück. Anders als Pretzell befürwortet Co-Sprecher Martin Renner die Rücknahme der Liste.

Damit wurde der tiefe Riss im Vorstand des Landesverbandes offensichtlich.

Die anschließende Diskussion ging über Stunden. Bei der Abstimmung schließlich befürwortete in einer offenen Abstimmung eine deutliche Mehrheit der Delegierten zwar die Änderung der Tagesordnung, doch wie gesagt, reichte dies nicht. Die Zweidrittel-Mehrheit wurde verfehlt.

Pretzell und Petry waren vorerst gerettet.

Doch die Delegierten waren sauer. Dutzendweise verließen die Delegierten die Versammlung.

Das sei ein Pyrrhussieg für Pretzell, sagt ein Vorstandsmitglied der Landes AfD. Die Partei gehe nun mit einer Landesliste in den Wahlkampf, die von einer Mehrheit der eigenen Delegierten abgelehnt werde, sagte das AfD-Mann, das sei ein Geschenk für den politischen Gegner. Auch befürchtet der AfD-Funktionär rechtliche Konsequenzen, es sei schon bedenklich, dass eine Zweidrittel-Hürde eine Diskussion über eine politische Entscheidung verhindere, die für sich mit einer einfachen Mehrheit entschieden werden konnte. Das AfD-Vorstandsmitglied kritisierte, dass eine Formalie die politische Willensbildung in der AfD behinderte.

Die Bundessprecherin Petry lässt diesen Einwand gegenüber CORRECTIV.RUHR nicht gelten. Es gäbe gute Gründe, dass für eine Änderungen der Tagungsordnung eine Zweidrittel Mehrheit notwendig sei. Ansonsten könnten zuvor gemachte demokratische Beschlüsse überfallartig umgewandelt werden. Die bisherigen Wahlen für die Liste sei das Ergebnis eines „demokratischen Prozess“ gewesen, sagt Petry. Diesen könne man nicht einfach so kippen.

Zwischenzeile: Pretzell ohne Mehrheit

Nach der Debatte um die Tagungsordnung wurde weitergewählt. Und wieder offenbarte sich die Machtlosigkeit des AfD-NRW-Chefes Marcus Pretzell. Die Parteigranden der AfD in NRW hatten sich am Abend zuvor in Essen auf Wunsch von Pretzell auf eine gemeinsame Vorschlagsliste geeinigt, die auf dem Listenparteitag in Rheda-Wiedenbrück durchgesetzt werden sollte. Aus dem Vorstand hieß es dazu, diese Liste sollte nach den Manipulationsvorwürfen rund um die WhatsApp-Gruppen und die verschwundenen Stimmen die Einheit des Verbandes sichern. Die Vereinbarung sah vor, dass jeder, der bislang einen aussichtsreichen Platz für die Landtagswahl ergattert hatte, diesen behalten dürfe. Die Listenplätze danach wurden für die Kandidaten von 23 bis 40 abgesprochen. CORRECTIV.RUHR veröffentlichte die Liste vor Beginn der Wahlversammlung in Rheda-Wiedenbrück. Damit war bekannt, wer Vorteile aus der Mausehelei ziehen sollte. Spannend sind an dieser Liste vor allem zwei Dinge:

1. Auf der Liste steht kein Vertreter der Arbeitnehmer in der AfD und auch der Bergmann Guido Reil ist nicht vorgesehen, obwohl der Gewerkschafter Reil aus Essen erst

vor kurzem aus der SPD zur AfD übergetreten war und für diese Stimmen besonders im Ruhrgebiet mobilisiert. In den Protokollen der WhatsApp-Gruppe [erscheint Reil wie ein nützlicher Stimmenfänger](#), der Wähler anlocken, aber dafür nicht belohnt werden soll.

--><https://correctiv.org/blog/ruhr/artikel/2016/11/26/guido-reil-der-nuetzliche-stimmenfaenger-der-afd/>

2. Ganz oben auf der Mauschelliste steht der rechtsvölkische Michael Schild auf Platz 24. Er unterlag bei der ersten Wahlversammlung in Soest im September bei der Besetzung des dritten Listenplatz gegen das Vorstandsmitglied Frank Neppe. Und ausgerechnet bei einem der Wahlgänge für diesen Listenplatz wurden mehrere Wahlzettel in einer Urne vergessen und später von einer Wahlhelferin vernichtet. Eine Wahlhelferin hatte dies eingestanden. Pretzell selbst hatte dies als „Wahlfälschung“ bezeichnet und mit dem „Staatsanwalt“ gedroht. Schild hätte wegen dieses Vorganges gegen die ganze Liste klagen können. Er sollte offenbar eingekauft werden.

Michael Schild gilt als Mann des völkischen Lagers. Die Mitglieder des dieses Flügels und der patriotischen Plattform, wie etwa der damalige Chef des Rhein-Sieg Kreises Thomas Matzke, hatten die Wahl von Schild auf Listenplatz 3 im September gestützt.

Wie die WhatsApp Protokolle zeigen, unternahm damals das Pretzell-Lager nahezu alles, um den Einzug des rechten AfD Politiker um jeden Preis zu verhindern. Ein Beispiel:

„Am 07.09.16, 17:08:21: Gabriele Walger-Demolski: Think big Schild sollte unsere Konzentration gelten. Wenn wir hier versagen ist der Fraktionsfriede schon vor Antritt gefährdet.“

Die Pretzell-Truppe wollte auch verhindern, dass sich Schild einen abgeschlagenen Platz ergattert,

„07.09.16, 18:27:40: Jörg Schneider: Aber was machen wir konkret, wenn wir am So abend auf 35 den verdienten, etwas introvertierten kreisschatzmeister von Porz-Süd aufstellen - und plötzlich Schild aus der Deckung kommt.“

Nach den Manipulationsvorwürfen gegen das Pretzell-Lager ist nun der Chef der AfD-NRW, Marcus Pretzell, bereit, den völkischen Schild auf einem sicheren Listenplatz zu akzeptieren. Der Frieden soll offenbar gekauft werden, um das bisher erreichte nicht zu gefährden.

Zwischenzeile: Ein gescheiterter Plan

Aber damit Pretzell kriegt es nicht hin, den Landesverband zu befrieden. Denn das völkische Lager kocht.

Mit diesem Deal habe Schild die Seiten gewechselt, sagte Matzke von der patriotischen Plattform nun CORRECTIV.RUHR. Schild sei „unten durch“.

Am Sonntag Morgen nun erklärte Michael Schild, nicht auf den abgesprochenen Platz antreten zu wollen. Die Mauschelliste sei zu einer Mäkeliste geworden. Es sei zwar ein guter Versuch gewesen, den Landesverband zu befrieden, sagte Schild, aber er wolle lieber „im freien Gewässer“ auf einem der anderen Plätze um seinen Einzug in den Landtag NRW kämpfen. Auf keinen Fall wolle er gegen die Liste wegen der verschwundenen Wahlzettel klagen.

Ist Pretzells Liste also gescheitert?

Die von correctiv.org veröffentlichte Liste wird unter den Delegierten heftig diskutiert. „Ich könnte kotzen“, ruft einer ins Mikrofon. Ein anderer Delegierte beschwert sich, dass die Wahl diesmal mit geheimen Listen manipuliert werden solle.

Pretzell wehrt sich. Dies sei eine Wunschliste, jeder Delegierte könne aber frei abstimmen, sagt Pretzell, es sei der Versuch, den Verband zu befrieden. Dann platzt Pretzell der Kragen. Erst werde ihm vorgeworfen, die gegnerischen Lager auszugrenzen, und jetzt, diese einzubinden, sagt Pretzell, das mache doch keinen Sinn. Pretzells Wunschliste wird zum Kainsmal, prognostiziert einer der Delegierten.

Und tatsächlich sie platzt die Liste schon beim erste Anlauf. Der auf Platz 23 gesetzte Wunschkandidat von der Mauscelliste Bernd Rumme(97 Stimmen) verliert die Stichwahl gegen die Anwältin Verena Wester (204 Stimmen) haushoch.

Diese Entscheidung ist brisant. Denn Juristin Wester ist Tochter des Richters Michael Balke. Und ausgerechnet dieser Balke leitete im Frühjahr 2015 die von der damaligen AfD Spitze noch unter Bernd Lucke eingesetzte Untersuchungskommission zum seltsamen Finanzgebaren von Marcus Pretzell. Damals hatte das Finanzamt in NRW aufgrund von Pretzells Steuerschulden ein Parteikonto gepfändet. Balke diagnostizierte damals bei Pretzell „[private chaotische Zustände](#)“.

--> <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/streit-ueber-causa-pretzell-afd-sonderpruefer-kanzelt-partevize-gauland-ab/11695854.html>

Vater Balke war nach Luckes Abwahl und Petrys Durchmarsch im vergangenen Jahr aus der AfD ausgetreten. Seine Tochter Verena Wester bekannte sich in ihrer Vorstellungsrede nun deutlich zu ihrem Vater, der Pretzells Fehlverhalten offenbart hatte. Und wurde dafür mit einer großen Stimmmehrheit belohnt.

Zwischenzeile: Der Abgang

AfD-NRW-Landeschef und Spitzenkandidat Pretzell steht im eigenen Landesverband ohne Mehrheit da. Die Mauscelliste ist gescheitert. Wie sich die neuen Mehrheiten in der AfD-NRW zusammensetzen, ist vollkommen offen. Selbst wenn nun in Rheda-Wiedenbrück tatsächlich eine Landesliste gewählt werden sollte, muss jeder Kandidat damit rechnen, dass diese Liste keinen juristischen Bestand hat. Wahlkampf wird zur Glückssache. Wichtige Stimmenfänger wie Guido Reil aus Essen sind von Pretzell verprellt – sie versuchen nun auf eigene Faust auf einen sicheren Listenplatz zu kandidieren. Fazit: Marcus Pretzell hat seine Partei in das Chaos geführt. Wenn er stürzt, stürzt auch Frauke Petry.

"Ein Giftpeil im Herzen der Stadt"

Einst Planer, jetzt Kritiker: Stararchitekt Walter Brune (90) über die Folgen von Einkaufszentren und die Zukunft des Ruhrgebiets.

Der Einzelhandel stirbt, Arbeitsplätze werden vernichtet und Liegenschaften entwertet. Dazu fallen Steuereinnahmen weg. Innenstädte veröden, die Kriminalität steigt. Stararchitekt Walter Brune zieht mit Outlet- und Einkaufszentren hart ins Gericht. Sie sind „ein Giftpeil im Herzen der Stadt“, sagt der 90-Jährige. Als Stadtentwickler hat er das Gesicht des Ruhrgebiets maßgeblich geprägt. Ein Heilmittel für die sterbenden Innenstädte kennt er. [\[weiterlesen\]](#)

[Deutschlands Sparkassen sind großzügig beim Spenden – und knausrig bei den Ausschüttungen an die Kommunen.](#)

Knapp eine halbe Milliarde Euro spenden Deutschlands Sparkassen jedes Jahr für wohltätige Zwecke. Wer das Geld bekommt – daraus machen die Institute aber ein großes Geheimnis. Erstmals liegen CORRECTIV die komplette Spendenlisten von 32 Sparkassen vor. Gefördert wurden Golfclubs, Karnevalsvereine – und Geburtstagsfeiern des örtlichen Sparkassenchefs. [\[weiterlesen\]](#)

[Bochumer Kriminalexperte zu den Folgen der gefühlten Sicherheitslage](#)

Wem die Angst nützt

Bochumer Kriminalexperte zu den Folgen der gefühlten Sicherheitslage

[NRW](#) [Christoph Schurian](#)

Prof. Thomas Feltes lehrt Kriminologie und Polizeiwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum

Bildnachweis: correctiv.ruhr

Thomas Feltes von der Ruhr-Universität forscht seit Jahrzehnten zur Entwicklung von Kriminalität. Seine Studien zeigen: Obwohl die Verbrechensrate tendenziell sinkt, steigt das subjektive Unsicherheitsgefühl. Was das Volk beunruhigt, ist für die Politik jedoch ein willkommenes Thema. Auch die Polizeigewerkschaften sind mit konstruktiven Vorschlägen schnell dabei. Der Forscher weiß, ihre Einsätze und Arbeitswirklichkeit ziehen an den Beamten nicht spurlos vorbei.

An großes Medieninteresse ist Thomas Feltes gewohnt, erst recht in den vergangenen Monaten. Nie zuvor habe der Bochumer Kriminologe so viele Anfragen bekommen, sagt er, ob zu übergriffigen Clowns, Terror-Fahndung, Pannen im Strafvollzug, Straftaten in der Kölner Silvesternacht, Einbruchswellen, No-Go-Areas im Ruhrgebiet oder Angriffe auf Polizisten.

Dabei passt Feltes als Experte nicht zum allgemeinen Sicherheits-Hype. Die Konjunktur von Sicherheitsfragen basiere kaum auf Fakten, sagt er, tendenziell sei Kriminalität rückläufig. Doch subjektiv werde das anders wahrgenommen.

Bochumer Paradoxie

Seit 1975 untersucht Feltes mit seinem Team dieses Paradoxon. Am Beispiel der Stadt Bochum wurde dazu in vier Untersuchungen die Kriminalstatistik ausgewertet und jeweils bis zu 3.500 Einwohner gefragt: Ob sie im vergangenen Jahr Opfer einer Straftat geworden seien, wie sie die Sicherheit in der Stadt und wie die Arbeit der Polizei beurteilen. Im Spätsommer legten die Wissenschaftler ihre neuste Untersuchung vor: [„Bochum 4“](#). Das Ergebnis: Gegenüber der dritten Studie von 1996 haben 2016 weniger Menschen Kriminalität erlebt. Doch die Gefühlslage ist anders. „Wir haben schon lange darauf hingewiesen, dass es diesen wichtigen Unterschied gibt zwischen subjektivem Eindruck und offiziellen Zahlen“, sagt der

Rechtsprofessor – seinerzeit habe es für dieses Phänomen noch kaum Interesse gegeben; heute ist das anders.

Bedrohliche Themen

Das Bochumer Paradox ist eigentlich eine Frage für Psychiater. Trotzdem versucht sich der Jurist und Sozialwissenschaftler Feltes an Erklärungen. Deutschland habe eine höhere Neigung zur Furcht: „Die Deutschen sind ängstlicher als Menschen etwa in Italien, Frankreich oder Spanien.“

Zur gefühlten Unsicherheit würden allgemeine Probleme beitragen, die mit Kriminalität erstmal nichts zu tun hätten: Die Zahl von Flüchtlingen, die sich beschleunigte Globalisierung, dazu die Krise der Europäischen Union. Außerdem klappe die Schere zwischen arm und reich, vielen Menschen drohe die Altersarmut – alles Themen, die sich in einem Bedrohungsgefühl ausdrückten, in einer Furcht vor Zuwanderung, vor Kriminalität. Auch Politik und Medien drehten gemeinsam weiter an der Spirale. Für Politiker sei Sicherheitspolitik ein willkommenes Thema mit einem klarem Gegner und klaren Zielen: weniger Kriminalität, mehr Polizei, härtere Gesetze, mehr Kompetenzen für Ermittlungsbehörden.

Zweifelhafte Überwachungskameras

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist das „Videoüberwachungsverbesserungsgesetz“ aus dem Bundesinnenministerium, das für mehr Videoaugen im öffentlichen Raum sorgen soll. Für Feltes eine wenig sinnvolle Idee: Alle empirischen Untersuchungen etwa aus England würden zeigen, dass mehr Kameras nicht weniger Kriminalität brächten. Gewalttäter ließen sich nicht von Kameraobjektiven abschrecken. Und für Strafermittlungen seien die Aufnahmen auch nicht hilfreich – bei den Untersuchungen der Kölner Sylvestervorfällen hätten Videoaufzeichnungen nichts gebracht. Kameras würden eigentlich nur auf Parkplätzen eine Wirkung haben, auf überwachtem Gelände würden weniger Autos gestohlen.

„Rainer Wendt ist kein Polizist!“

„Law and Order“-Vorschläge kommen auch aus Reihen der Polizei. Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft DPoG, der Duisburger Rainer Wendt, tritt ständig in der Öffentlichkeit mit starken Sprüchen gegen die „Kuscheljustiz“ oder „parlamentarische Wichtigtuer“ auf. Mit seinem neusten Buch will der Polizeibeamte beweisen, „wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt“. Feltes hält davon nichts: „Herr Wendt ist kein Polizist, der ist Funktionär, sein letzter Einsatz wird Jahre, wenn nicht Jahrzehnte zurückliegen.“

Feltes setzt aber dennoch auf mehr Stimmen aus der Polizei. Sein Vorschlag: Warum äußerten sich die Polizeipräsidenten im Ruhrgebiet nicht zur Sicherheitslage in den Städten und den Problemen in Brennpunkten. Dann würde deutlich wie eng soziale Probleme, Kriminalitätsrate und auch die Gesundheitszustand zusammen hingen.

Fragwürdige Gesinnung bei Polizisten

„Die Polizei ist eine wichtige gesellschaftliche Kraft, die sich mehr einbringen muss“, meint der Forscher von der Ruhr-Universität. Es sei ihr aber von der Politik leider eine andere Rolle

zugeschrieben worden, als „Büttel des Staates“. Polizisten hätten keine Meinung zu haben, keine Meinung zu äußern. Dabei seien Polizisten besonders mit den sozialen Problemen konfrontiert, die die Politik zu verantworten habe. Das mache sich im Weltbild der Polizisten bemerkbar; – zuletzt wurde bekannt, dass zwei Beamte aus NRW den rechtsextremistischen „Reichsbürgern“ angehörten. In Dresden wünschte ein Polizist Pegidisten „viel Erfolg“. Zur politischen Einstellung der Polizisten gibt es zwar keine Umfragen. Doch für Feltes ist klar, wenn in der Gesamtgesellschaft 20 Prozent mit rechten Ideen sympathisierten, dann falle diese Zahl in einer eher konservativen, hierarchischen Organisation sicherlich nicht niedriger aus. Bei der Einstellung in den Polizeidienst würden Bewerber mit extremistischen Positionen aussortiert. Doch die Weltsicht verändere sich mit dem Dienst: Polizisten erlebten die Gesellschaft eben anders als die meisten anderen Menschen, vor allem die Schattenseiten.

[Das ganze Interview mit Prof. Thomas Feltes \[klick\]:](#)

Behörden dürfen Bürgern, die Informationen wollen, keine abschreckend hohen Gebühren mehr aufbrummen

Will ein Bürger oder ein Journalist von einer Behörde eine Auskunft erhalten, dürfen die Gebühren dafür nicht abschreckend hoch sein. Das hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Ein Correctiv-Reporter hatte sich darüber jahrelang mit dem Bundesinnenministerium gestritten.

20. Oktober 2016

Niemand braucht in Zukunft mehr hohe Gebühren zu fürchten, wenn er bei einer Behörde Auskünfte beantragt. Das hat am Donnerstag das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden. Anlass war eine Klage des Correctiv-Reporters Daniel Drepper und des freien Journalisten Niklas Schenck gegen das Bundesinnenministerium. Das Ministerium hatte den Reportern für eine Anfrage fast 15.000 Euro Gebühren berechnet.

Aus einer Anfrage wurden 60 Einzelfälle

Die Behörde hatte die Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz in mehr als 60 Einzelfälle zerteilt und dafür statt der vorgesehenen höchstens 500 Euro insgesamt fast 15.000 Euro verlangt. Das Bundesverwaltungsgericht entschied, dass dieses Vorgehen und die hohen Gebühren eine abschreckende Wirkung auf andere Bürger habe. Diese abschreckende Wirkung darf es laut Gesetz jedoch nicht geben. Deshalb habe das Innenministerium gegen das Informationsfreiheitsgesetz verstoßen. In Zukunft dürfen Anfragen maximal 500 Euro kosten. Die beiden Reporter bekommen deshalb ihr Geld zurück. „Die Entscheidung verschafft Rechercheuren Klarheit“, kommentiert der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten Verbandes Frank Überall.

Vor mehr als fünf Jahren hatten die beiden Journalisten Einsicht in insgesamt 100 Akten zur deutschen Sportförderung beantragt. Darunter waren auch die Zielvereinbarungen der Sportverbände, in denen festgeschrieben wird, wie viele Medaillen die einzelnen Sportarten

bei den Olympischen Spielen gewinnen sollen. Mit ihrer Recherche konnten die beiden Journalisten damals zeigen, wie die etwa eine Milliarde Euro Steuergeld pro Olympiazzyklus im deutschen Spitzensport verteilt wird. Dass die Zielvereinbarungen für die Verbände völlig überhöht waren. Und dass der Deutsche Olympische Sportbund nicht nur die Steuern intransparent verteilte, sondern die Sportverbände auch unter Druck setzte.

Klage mit Hilfe des DJV

Für diese Recherche hatten die Journalisten einen Antrag nach dem Informationsfreiheitsgesetz gestellt. Sie wollten die Originaldokumente einsehen, um zeigen zu können, wer die vielen Hundert Millionen Euro im Sport unter welchen Bedingungen an wen verteilt. Nachdem das Ministerium statt der maximal 500 Euro insgesamt fast 15.000 Euro in Rechnung stellte, mussten die beiden damals freien Journalisten das Geld aus eigener Tasche bezahlen. Mit Hilfe des Deutschen Journalisten Verbandes klagten sie gegen die hohen Gebühren.

Bereits im Sommer 2014 hatte das Verwaltungsgericht Berlin [die Stückelung des Antrags als rechtswidrig verurteilt](#). Das Ministerium ging in Berufung – und verlor erneut. Das Obergericht Berlin-Brandenburg bestätigte die Entscheidung der ersten Instanz. Das Gericht entschied, dass bei Informationsanträgen, die ein bestimmtes Thema – einen „Lebenssachverhalt“ – erfassen, der Antrag nicht gestückelt werden darf. Die Obergrenze der Gebühren für einen einzelnen Bescheid – also 500 Euro – dürfe nicht überschritten werden.

Gericht vermutet abschreckende Wirkung

Diese Entscheidung bestätigte am Donnerstag nun auch die letzte Instanz, das Bundesverwaltungsgericht (Az. [BVerwG 7 C 6.15](#)). Das Bundesverwaltungsgericht entschied, dieses Vorgehen verstoße „gegen das im Informationsfreiheitsgesetz bestimmte Verbot einer abschreckenden Wirkung der Gebührenbemessung“. Das Bundesverwaltungsgericht entschied zudem, dass es im Informationsfreiheitsgesetz keine Grundlage gebe, um Auslagen wie zum Beispiel Kopierkosten zu erheben. Die beiden Journalisten bekommen also nicht nur die gut 12.000 Euro Gebühren erstattet, sondern auch die mehr als 2000 Euro Kopierkosten.

Daniel Drepper und Niklas Schenck wurden vom Deutschen Journalisten Verband in ihrem Rechtsstreit mit dem Bundesinnenministerium unterstützt. Es sei nicht nachvollziehbar, so dessen Vorsitzender Frank Überall, dass das Ministerium durch mehrere Instanzen geklagt habe, obwohl die Gerichte die Ansprüche zurückgewiesen hätten. Der DJV-Vorsitzende hofft darauf, dass Anfragen gemäß Informationsfreiheitsgesetz spätestens mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts unbürokratisch beantwortet würden. Das Informationsfreiheitsgesetz ermöglicht allen Bürgern, Einsicht in Akten von Behörden zu nehmen.

[Dazu unser Beitrag:](#) [sowie ifg-und-kein-ende](#)

Wirtschaftsförderung mit Problemen

Rechnungshof kritisiert NRW-Außenwirtschaft

Von David Schraven, correctiv.ruhr

--

Der Landesrechnungshof NRW hat erhebliche Missstände bei der Außenwirtschaftsförderung des Landes „NRW.International“ und der landeseigenen Wirtschaftsförderung „NRW.Invest“ festgestellt. Wie aus einer Anfrage des Recherchezentrums CORRECTIV.RUHR hervorgeht, ist nach Auffassung des Landesrechnungshofes (LRH) „nicht gewährleistet“, dass die Überweisungen aus dem Landeshaushalt an die NRW.International ihren Zweck umfassend erfüllen. „Insofern liegt ein Verstoß gegen das in der Landeshaushaltsordnung verankerte Subsidiaritätsprinzip vor“. Bei der landeseigenen Wirtschaftsförderung NRW.Invest wurden neben einem Beratervertrag auch die Auslandsaktivitäten und die Vergabe eines Werbevertrages kritisiert. Der Rechnungshof hatte die Finanzen der Wirtschaftsförderung von 2008 bis 2013 untersucht.

Die NRW.International gehört zu gleichen Teilen der Vereinigung der NRW-Industrie- und Handelskammern, dem Westdeutschen Handwerkskammertag und der NRW.Bank. Das Unternehmen soll seit November 2006 die Außenwirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen koordinieren. Dafür bekommt die Firma jedes Jahr etwa 2,3 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt.

Laut LRH besteht der Verdacht, dass NRW.International Mittel aus dieser Millionenschweren institutionellen Förderung in andere Bereiche umgelenkt hat, die nicht gefördert werden dürften. „Es ist weder nachgewiesen noch nachprüfbar“, ob die Ausgaben alle korrekt abgewickelt wurden. Eigentlich sollen mit den Millionen Außenwirtschaftskampagnen und Unternehmereisen gefördert werden. Sowie eine Plattform zur Außenwirtschaftsförderung. Alles mit einem einzigen Ziel: Aufträge und Arbeitsplätze nach NRW zu holen. Tatsächlich aber wird das Geld in den Kernhaushalt der NRW.International eingespeist. Und was dort mit dem Geld passiert, ist nach Ansicht des LRH nicht nachvollziehbar. Statt einer institutionellen Förderung wäre daher laut Rechnungsprüfer eine Projektbezogene Förderung sinnvoller, um Missbrauch zu vermeiden und eine transparente Buchführung zu gewährleisten.

Der LRH kritisierte in seiner Prüfung auch die Zusammenarbeit der NRW.International mit anderen Unternehmen der NRW-Außenwirtschaft. So habe eine Tochtergesellschaft der landeseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft NRW.Invest in Japan, die NRW Japan KK, für die NRW.International gearbeitet – ohne diese Arbeiten abzurechnen. „Es besteht die Gefahr einer unerlaubten Beihilfe“ der Handels- und Handwerkskammern, sagt der LRH. Die NRW Japan KK kostet das Land im Jahr etwa 700.000 Euro. Das verantwortliche Wirtschaftsministerium weist die Kritik der Prüfer zurück: die Arbeit NRW Japan KK habe allenfalls in geringem Umfang für die Gesellschaft der Handels- und Handwerkskammern gearbeitet. Außerdem habe es ähnliche Deals seit Jahren nicht mehr gegeben.

Weiter kritisierte der LRH, dass die NRW.International bei den Messen EXPOSIBRAM und Ecwatech zudem nicht nur Klein- und Mittelunternehmen gefördert, wie es erlaubt und gewünscht ist, sondern auch Großkonzerne mitfinanzierte. Etwa im Jahr 2012 den Auftritt von Lanxess Deutschland und Salzgitter Mannesmann in Moskau. Oder im Jahr ein Gastspiel von ThyssenKrupp in Brasilien. Ausgaben des Landes für die Messeauftritte seien den Konzernen

nicht vollständig in Rechnung gestellt worden, kritisieren die Prüfer. Die beiden Gastspiele in Moskau und Brasilien kosteten insgesamt rund 300.000 Euro, wovon etwa 120.000 Euro den Firmen in Rechnung gestellt wurden.

Neben Japan gerieten auch andere Niederlassungen der NRW-Außenwirtschaft in den Fokus der Rechnungsprüfer. Die Repräsentanzen der landeseigenen Wirtschaftsförderung NRW.Invest in Indien, den USA und Südkorea seien beispielsweise über Jahre unterhalten worden, ohne dass es wesentliche Erfolge gab. Arbeitsplätze in NRW seien nicht entstanden. Das vernichtende Urteil der Rechnungsprüfer: „Bei der Finanzierung einzelner Auslandsvertretungen wurden die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht beachtet“. Anders ausgedrückt: außer Spesen nichts gewesen. Das NRW-Wirtschaftsministerium entgegnet: zumindest aus den USA hätten sich die Investitionen in NRW erhöht. Die Staaten seien der zweitgrößte Investor im Land.

Auch bei den Auftragsvergaben erkannten die Prüfer Mängel. Einem führenden Mitarbeiter der landeseigenen Wirtschaftsförderung NRW.Invest, der im Jahr 2013 in den Ruhestand ging, wurde ein Beratervertrag über zwei Jahre im Wert von insgesamt 40.000 Euro gegeben, für den die Prüfer keinen Grund und keinen Bedarf erkennen konnten. Das Wirtschaftsministerium weist die Kritik der Prüfer zurück. Man habe auf das Fachwissen des ausgeschiedenen Mitarbeiters nicht verzichten wollen. Das Ministerium verschweigt den Namen des Luxus-pensionärs auch auf wiederholte Nachfrage. Ähnliche Fälle habe es bei der NRW.Invest aber nicht gegeben.

In einem weiteren Fall kritisierten die Prüfer einen Beratervertrag zur strategischen Kommunikation mit der Firma PR Berater in Köln im Wert von rund 800.000 Euro. Für diesen Auftrag habe es keine ordentliche Dokumentation der Bedarfsanalyse gegeben. Anders gesagt: es wurde nicht festgehalten, wozu man den Auftrag überhaupt braucht. Die PR Berater in Köln haben die „bedarfsgerechte“ Kommunikation der NRW.INVEST übernommen. Auch hier wendet sich das Wirtschaftsministerium gegen die Prüfer. Es habe eine Bedarfsermittlung gegeben und der Auftrag sei regelgerecht vergeben worden. Nur die Dokumentation der Bedarfsermittlung sei nicht perfekt gewesen.

Die festgestellten Mängel haben eine besondere politische Bedeutung: Immer wieder gerieten in der Vergangenheit die Wirtschaftsförderungsgesellschaften des Landes in Skandale. Die frühere Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW mbH (GfW) wurden im Jahr 2003 sogar Gegenstand eines Untersuchungsausschusses des Landtages NRW. Dort hatte ein Vertrauter des damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement (damals noch SPD) Werbe- und Kommunikationsaufträge im Wert von über 6 Millionen Euro erhalten – ohne ordentliche und ordentlich dokumentierte Ausschreibung. Der Clement-Freund sollte das Image von NRW aufpolieren.

Die NRW.Invest wird heute vom NRW-Wirtschaftsministerium unter Garrelt Duin (SPD) gesteuert und von einem Aufsichtsrat unter dem Vorsitz eines Wirtschaftsstaatssekretär kontrolliert. Mit im Aufsichtsrat sitzen Vertreter der Landtagsfraktionen und der NRW.International. Die breite Aufsicht soll eigentlich sicherstellen, dass kein Schindluder im Auslandsgeschäft getrieben wird.

Geschäftsführerin der NRW.Invest ist seit 2001 Petra Wassner. Die NRW.International wird seit von Almut Schmitz geleitet.

Weder Wassner noch Schmitz antworten auf eine Anfrage. Sie verwiesen auf das Wirtschaftsministerium. Dort nahm Torsten Burmester, Leiter der Zentralabteilung, wie oben zitiert Stellung.

Landtagskandidat aus Kirchhellen hetzt mit falschem Bild

Einstieg: Die AfD versucht in NRW Fuß zu fassen. Leider mit schmutzigen Methoden. Der Landtagskandidat der AfD aus Bottrop-Kirchhellen, Matthias Gellner, etwa benutzt für seine Hetze gegen Zuwanderer ein Foto aus einem Elendsquartier des bulgarischen Plowdiw.

Matthias Gellner fordert auf seiner Facebook-Seite ein hartes Durchgreifen der Politik gegen so genannte No-Go-Areas – deren Existenz derzeit nicht bewiesen ist.

Eine Besucherin seiner Facebook-Seite wettet daraufhin gegen „kriminelle Familienclans“. Sie schreibt: „Warum müssen sich unsere Polizisten mit diesem asozialen Gesocks herum schlagen?“ Der Adressat der Hetze ist klar: Sinti und Roma und Bulgarien und Rumänien, die sich nach der EU-Erweiterung in Deutschland niederlassen dürfen. Etliche Roma und Sinti wohnen in NRW in heruntergekommenen Häusern. Meist unter schlimmen Bedingungen. Von Mietwucherern ausgebeutet müssen sie teilweise für eine blanke Matratze auf dem Boden bis zu 300 Euro im Monat Miete zahlen. Großfamilien werden in Zwei-Zimmer-Wohnungen gepfercht.

AfD-Kandidat Matthias Gellner greift die Hetze gegen Sinti und Roma auf. In einer Antwort auf einen Kommentar, der von einem Rechtsbruch der Regierung faselt, wendet sich Gellner insbesondere gegen Sinti und Roma, die aus Bulgarien und Rumänien zugewandert sind. Er schreibt „Aus diesen Ländern kommt die Armutseinwanderung.“ Der Zuzug habe sich verdoppelt. Dann schiebt er ein Hetzvideo gegen Sinti und Roma hinterher.

Seine Worte illustriert Gellner mit dem Foto einer vermüllten Straße, über die offensichtlich Sinti und Roma mit ihren Kindern laufen. Er schreibt: „Das Foto stammt aus der Dortmunder Nordstadt.“

Und das stimmt nicht. Gellner schreibt die Unwahrheit. Das Foto stammt aus dem Elendsquartier Stolipinowo in Plowdiw. Es geistert seit mindestens 2013 durch das Internet.

Gellner baut sich seine Welt aus dem Internet zusammen und hetzt mit einem falschen Bild gegen Menschen, die sich nicht wehren können. Normalerweise wäre das nicht weiter bemerkenswert, wäre Gellner nicht AfD-Kandidat für den Landtag in NRW auf einem aussichtsreichen 22. Platz.

Unterzeile: Der Essener Bergmann Guido Reil soll für die AfD Arbeiter in NRW einfangen

Lead: Der frühere SPD-Mann Guido Reil wird nach seinem Übertritt zur AfD deren Arbeitnehmerlandesverband aufbauen. Reil rechnet mit weiteren Übertritten von Gewerkschaftern und Betriebsräten in die rechtsnationale Partei.

Text: Während die Vorsitzende der AfD, Frauke Petry, ihre Partei öffentlich als völkische Vereinigung positioniert und damit rechtspopulistisch verankert, wächst die AfD gerade auf dem linken Flügel. Denn die AfD hat einen Arbeitnehmerflügel. Das ist für viele neu. Dieser Arbeitnehmerflügel nennt sich Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA) in der AfD. Und diese Vereinigung setzt in NRW nun auf den Essener Bergmann Guido Reil. Der Gewerkschafter und ehemalige Sozialdemokrat soll in NRW den Landesverband der AVA aufbauen. Und der SPD Wählerstimmen vor allem im Ruhrgebiet abjagen. Das bestätigte der AVA-Bundesvorsitzende Uwe Witt nun correctiv.org.

Zwischenzeile: Fernsehen als Karriereschritt

Nach Reils Auftritt bei „hart aber fair“ am 5. November habe der Bundesvorstand der Arbeitnehmervertretung in der AfD den ehemaligen Sozialdemokraten mit der Gründung des Landesverbandes in NRW betraut, sagte Witt: „Unsere Mitglieder aus ganz Deutschland waren von Reil begeistert.“

Reil habe in der Talkshow in der ARD die richtigen Themen angesprochen, sagte Witt. Anfänglich sah die AVA Reils Übertritt von der SPD zur AfD skeptisch. Er habe als möglicher Karrierist gegolten, der nur einen politischen Job wolle. Nun aber sei klar, dass man mit dem Bergmann den richtigen Mann in den Reihen der AVA habe, sagte Witt.

Reils Parteiübertritt aus der SPD in die AfD im Juli hatte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Der direkt gewählte Ratsherr aus Essen ist politisch im Norden von Essen, im Stadtteil Karnap, aktiv.

Zwischenzeile: AfD für Arbeiter öffnen

Das Mitglied der Bergbaugewerkschaft IGBCE hatte sich Ende letzten Jahres mit der Parteiführung der SPD in Essen und NRW überworfen. Er hatte kritisiert, dass vor allem in den verarmten Norden der Ruhrgebietsstadt die Flüchtlingsheime kämen.

Nun will Reil die AfD für die Arbeiter öffnen. Weitere Gewerkschafter und auch Betriebsräte hätten ihn kontaktiert, sagte Reil correctiv.org. „Sie wollen in die AfD“. Er werde den Landesverband der AVA aufbauen und dann für deren Vorsitz kandidieren, sagte Reil.

Für Witt von der AVA ist der Bergmann Reil ein wichtiges Zugpferd.

Inhaltlich habe die AVA in der AfD schon viel erreicht, sagt Witt. So konnte die AVA etwa den Mindestlohn im Parteiprogramm gegen den Co-Sprecher der AfD, Jörg Meuthen, und das Vorstandsmitglied Beatrix von Storch durchsetzen. Grundsätzlich vertritt die AfD in Wirtschaftsfragen neoliberale Thesen. Mit dem völkischen Flügel um den Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke aus Thüringen hat Witt wenig am Hut.

Zwischenzeile: AVA macht Punkte

Im AfD-Wahlprogramm für die NRW-Landtagswahlen konnte die AVA ebenfalls Punkte machen. Die Forderungen nach einer Grundsicherung im Alter, nach einer verlängerten Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld I und die Begrenzung der Werkverträge flossen auf Druck der AVA in das Landesprogramm der AfD von NRW. Nur bei der Begrenzung der Leiharbeit hätten sich die Arbeitnehmervertreter in NRW nicht durchsetzen können. „Da war die Lobby der Leiharbeitsfirmen zu stark“, sagte Witt.

Witt hat früher bei Thyssen gearbeitet, dann wurde er Personalchef bei einem mittelständischen Unternehmen und ist heute in der Behindertenbetreuung aktiv. Das AfD-Mann war früher Mitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB. „Solidarität ist für mich wichtig“, sagte Witt. In der AfD wird Witt nach eigenen Worten als „Sozialist“ beschimpft.

Witt ist überzeugt, dass sich seine Positionen in der AfD durchsetzen werden. „NRW ist der stärkste Landesverband“, sagte Witt. Wenn sich hier die AVA-Thesen durchsetzen würden, könnte das die Bundespartei verändern.

Zwischenzeile: Arbeiter bislang Außenseiter

Beim Verteilen der Machtposten in der AfD sind die Arbeitnehmervertreter unter Witt aber bisher schwach. Im westfälischen Werl wird dieses Wochenende die Kandidatenfindung der AfD für die kommende Landtagswahl fortgesetzt. Bisher waren Arbeitnehmervertreter nicht unter den gewählten Kandidaten. Es kommen Anwälte, Beamte oder Ärzte zum Zuge.

Bei dem bisherigen Stimmungsbild für die AfD gelten in NRW 30 Plätze als aussichtsreich. Die zwei AVA-Kandidaten Günther Koch und Horst Gilles wollten ihre Kandidatur erst ab Listenplatz 30 riskie-

ren. Doch dann ging Gilles auf Risiko und kandidierte am Sonntag auf Listenplatz 22 gegen fünf Mitbewerber und scheiterte, der AVA-Schatzmeister bekam nur 12 Stimmen.

Das war auch die letzte Wahl der zweiten Runde der Kandidatensuche in Werl am Sonntag. Die AfD-Delegierten in NRW müssen also nachsitzen. Bei der dritten Runde hätte dann auch der Bergmann Reil noch Chancen auf einen sicheren Listenplatz. Vermutlich soll die Wahlversammlung im November fortgesetzt werden, heisst es aus Parteikreisen. Bis dahin hätte Reil genug Zeit den AVA-Landesverband aufzubauen und Truppen zu sammeln.

Reil will mit einer Kandidatur für die Liste bislang bis zur dritten Wahlrunde im November warten. Der Bergmann plant allerdings bereits jetzt in Essen den Justizminister und den SPD-Vorsitzenden von Essen, Thomas Kutschaty, als Direktkandidaten herausfordern.

Im Tandem AVA und Reil könnte die AfD für das klassische Wählerpotenzial der SPD im Ruhrgebiet tatsächlich gefährlich werden. Allerdings läuft die Kandidatenfindung der AfD nicht nach Grundsätzen des möglichen politischen Erfolges. Wer auf einen aussichtsreichen Posten der Kandidatenliste kommt, bestimmen vor allem die Bezirkschefs, sagte ein Delegierter correctiv.org. Selbst der Landessprecher Marcus Pretzell kassierte letztes Wochenende bei der Wahl als Spitzenkandidat eine Demütigung. Er konnte sich nur mit knapp über 50 Prozent gegen einen blassen Gegenkandidaten durchsetzen.

Gerüchten auf dem Parteitag zufolge, plant Pretzell direkt neben Reil in Essen-Kray als AfD-Direktmandat anzutreten. Der Spitzenkandidat der AfD wollte correctiv.org auf der Wahlversammlung in Werl keine Auskunft geben. Allerdings würde das Gespann Reil und Pretzell in Essen Sinn machen, sagte ein AfD-Mitglied in Werl.

AfD-NRW: Die gespaltene Partei

Unterzeile: Ein Schaukampf der völkischen Patriotischen Plattform zeigt wie zerrissen die rechte Bewegung in NRW ist.

Titel: Eine Frau für die AfD in NRW

Unterzeile: Die rechte Partei geht mit nur einer Kandidatin unter den Top Ten in den Wahlkampf. Und gerade diese Kandidatin ist sehr speziell.

Lead: Die AfD-Politikerin Iris Dworeck-Danielowski aus Köln ist die bisher einzige Frau, die es bei der Wahlversammlung der AfD auf einen Listenplatz geschafft hat. Sie kommt von ganz Links. Die Kölner Heilpraktikerin begann ihre politische Karriere in der PDS.

von Marcus Bensmann (correctiv.org)

Die AfD steht für ein klassisches Familienbild. Bei der Nominierung der ersten zehn Kandidaten für den NRW-Landtagswahlkampf letzte Woche blieb sich die Partei treu. Nur eine Frau hat es bisher auf die Liste geschafft. Iris Dworeck-Danielowski aus Köln konnte am letzten Sonntag in Soest den zehnten Platz ergattern. An diesem Wochenende wird die Kandidatensuche in Werl fortgesetzt. Die ersten 30 Plätze gelten als aussichtsreich, um in den Landtag einzuziehen, falls die AfD über fünf Prozent kommt.

Die Nominierung der Kandidaten für diese Plätze verläuft zäh. Es geht um viel Geld. Ein Landtags-Abgeordneter bekommt im Jahr knapp 120.000 Euro brutto und dazu kommen noch rund 48.000 Euro für Mitarbeiter. In der gesamten Wahlperiode kommt ein Abgeordneter so auf weit über 500.000 Euro an privaten Einnahmen.

Die Aussicht auf diese Fleischöpfe macht die 400 AfD-Delegierten auf der Wahlversammlung in NRW unberechenbar. Selbst der bundesweit bekannte NRW-Sprecher Marcus Pretzell schrammte letzten

Samstag für die Spitzenkandidatur an einer Niederlage vorbei und erhielt gegen einen blassen Gegenkandidat nur knapp über 50 Prozent.

Die 38jährige Dworeck-Danielowski hat es aber nun geschafft. Sie ist auf einem aussichtsreichen zehnten Platz der Landesliste und kann damit rechnen, ab dem nächsten Jahr über 500.000 Euro zu verdienen.

Dworeck-Danielowski vertritt in einer internen Kandidatenvorstellung ein Rückwärtsgewandtes Familienbild. Sie sagt, sie sei gegen „Quoten“. Für die AfD sei sie „sofort Feuer und Flamme“ gewesen. Diese sei „endlich eine Partei, die sich gegen die Gleichstellungspolitik und für echte Gleichberechtigung einsetzt.“ Die parteiinterne Kandidatenvorstellung liegt correctiv.org vor.

Der politische Hintergrund der Heilpraktikerin und „Fachfrau für Versicherungen“ ist schillernd. Sie kommt von ganz links. Von 1994 an war sie nach eigenen Angaben zwei Jahr lang Mitglied bei der PDS. So hieß die Linkspartei in NRW damals im Westen. Im Kommunalwahlkampf 2014 entschied sie sich dann für die AfD.

Die verheiratete Frau und Mutter zweier Kinder ist überzeugt, dass die AfD „sich für Familienförderung, besonderes kinderreicher Familien“, einsetzt. Mit dem Parteiprogramm ist diese Aussage nicht wirklich in Übereinstimmung zu bringen – zumindest dann, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Im Programm wettet die AfD gegen Krippenbetreuung. Es heißt dort: Die „AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine Betreuung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht. Die Krippenbetreuung darf nicht einseitig staatlich bevorzugt werden.“

Zu ihren Stärken zählt Dworeck-Danielowski ihr „sprachliches Geschick“ und ihre „Kommunikationsstärke“. Sie schreibt: „Die Parlamente sind voll von Frauen, die durch Quoten ihre Mandate erlangt haben und die lediglich am Kuchen der männlichen Macht beteiligt werden wollen.“ Das Land brauche stattdessen Frauen, die das Mutterbild mit Hingabe repräsentieren.

Dworeck-Danielowski schreibt, sie habe die „Fähigkeit mit Charme und Intellekt Menschen für meine Interessen bzw. die Interessen meines Arbeitgebers oder die Interessen unserer Partei zu gewinnen.“ Nach eigenen Angaben ist Dworeck-Danielowski seit 10 Jahren für einen Versicherungskonzern im Direktvertrieb tätig.

Im AfD-Bezirk Köln ist Dworeck-Danielowski bisher stellvertretende Vorsitzende, zuvor war sie dort als Pressesprecherin tätig.

Mit der Presse reden, mag sie aber offenbar nicht. Correctiv.org hat vergeblich versucht, die Landtagskandidatin zu erreichen. Auf der Webseite des Kreisverbandes Köln steht keine Telefonnummer. Auf Emails haben weder Dworeck-Danielowski noch der Vorstand des Bezirks Köln reagiert; und auch die Pressesprecherin der AfD in NRW, Renate Zillessen wollte auf Nachfrage keine Telefonnummer nennen und verwies stattdessen auf die Emailadresse, über die keine Reaktion kam.

Unterzeile: Die rechte Partei geht mit nur einer Kandidatin unter den Top Ten in den Wahlkampf. Und gerade diese Kandidatin ist sehr speziell.

Lead: Die AfD-Politikerin Iris Dworeck-Danielowski aus Köln ist die bisher einzige Frau, die es bei der Wahlversammlung der AfD auf einen Listenplatz geschafft hat. Sie kommt von ganz Links. Die Kölner Heilpraktikerin begann ihre politische Karriere in der PDS.

von Marcus Bensmann (correctiv.org)

--

Die AfD steht für ein klassisches Familienbild. Bei der Nominierung der ersten zehn Kandidaten für den NRW-Landtagswahlkampf letzte Woche blieb sich die Partei treu. Nur eine Frau hat es bisher auf die Liste geschafft. Iris Dworeck-Danielowski aus Köln konnte am letzten Sonntag in Soest den zehnten Platz ergattern. An diesem Wochenende wird die Kandidatensuche in Werl fortgesetzt. Die ers-

ten 30 Plätze gelten als aussichtsreich, um in den Landtag einzuziehen, falls die AfD über fünf Prozent kommt.

Die Nominierung der Kandidaten für diese Plätze verläuft zäh. Es geht um viel Geld. Ein Landtags-Abgeordneter bekommt im Jahr knapp 120.000 Euro brutto und dazu kommen noch rund 48.000 Euro für Mitarbeiter. In der gesamten Wahlperiode kommt ein Abgeordneter so auf weit über 500.000 Euro an privaten Einnahmen.

Die Aussicht auf diese Fleischtöpfe macht die 400 AfD-Delegierten auf der Wahlversammlung in NRW unberechenbar. Selbst der bundesweit bekannte NRW-Sprecher Marcus Pretzell schrammte letzten Samstag für die Spitzenkandidatur an einer Niederlage vorbei und erhielt gegen einen blassen Gegenkandidat nur knapp über 50 Prozent.

Die 38jährige Dworeck-Danielowski hat es aber nun geschafft. Sie ist auf einem aussichtsreichen zehnten Platz der Landesliste und kann damit rechnen, ab dem nächsten Jahr über 500.000 Euro zu verdienen.

Dworeck-Danielowski vertritt in einer internen Kandidatenvorstellung ein Rückwärtsgewandtes Familienbild. Sie sagt, sie sei gegen „Quoten“. Für die AfD sei sie „sofort Feuer und Flamme“ gewesen. Diese sei „endlich eine Partei, die sich gegen die Gleichstellungspolitik und für echte Gleichberechtigung einsetzt.“ Die parteiinterne Kandidatenvorstellung liegt [correctiv.org](https://www.correctiv.org) vor.

Der politische Hintergrund der Heilpraktikerin und „Fachfrau für Versicherungen“ ist schillernd. Sie kommt von ganz links. Von 1994 an war sie nach eigenen Angaben zwei Jahr lang Mitglied bei der PDS. So hieß die Linkspartei in NRW damals im Westen. Im Kommunalwahlkampf 2014 entschied sie sich dann für die AfD.

Die verheiratete Frau und Mutter zweier Kinder ist überzeugt, dass die AfD „sich für Familienförderung, besonderes kinderreicher Familien“, einsetzt. Mit dem Parteiprogramm ist diese Aussage nicht wirklich in Übereinstimmung zu bringen – zumindest dann, wenn beide Elternteile berufstätig sind. Im Programm wettet die AfD gegen Krippenbetreuung. Es heißt dort: Die „AfD fordert daher, dass bei unter Dreijährigen eine Betreuung, die Bindung ermöglicht, im Vordergrund steht. Die Krippenbetreuung darf nicht einseitig staatlich bevorzugt werden.“

Zu ihren Stärken zählt Dworeck-Danielowski ihr „sprachliches Geschick“ und ihre „Kommunikationsstärke“. Sie schreibt: „Die Parlamente sind voll von Frauen, die durch Quoten ihre Mandate erlangt haben und die lediglich am Kuchen der männlichen Macht beteiligt werden wollen.“ Das Land brauche stattdessen Frauen, die das Mutterbild mit Hingabe repräsentieren.

Dworeck-Danielowski schreibt, sie habe die „Fähigkeit mit Charme und Intellekt Menschen für meine Interessen bzw. die Interessen meines Arbeitgebers oder die Interessen unserer Partei zu gewinnen.“ Nach eigenen Angaben ist Dworeck-Danielowski seit 10 Jahren für einen Versicherungskonzern im Direktvertrieb tätig.

Im AfD-Bezirk Köln ist Dworeck-Danielowski bisher stellvertretende Vorsitzende, zuvor war sie dort als Pressesprecherin tätig.

Mit der Presse reden, mag sie aber offenbar nicht. Correctiv.org hat vergeblich versucht, die Landtagskandidatin zu erreichen. Auf der Webseite des Kreisverbandes Köln steht keine Telefonnummer. Auf Emails haben weder Dworeck-Danielowski noch der Vorstand des Bezirks Köln reagiert; und auch die Pressesprecherin der AfD in NRW, Renate Zillessen wollte auf Nachfrage keine Telefonnummer nennen und verwies stattdessen auf die Emailadresse, über die keine Reaktion kam.

Von Marcus Bensmann ([correctiv.ruhr](https://www.correctiv.ruhr))

Marcus Pretzell ist Landeschef der AfD in NRW. Eigentlich wäre es normal, dass er mit großer Zustimmung als Spitzenkandidat seine Partei in den NRW-Wahlkampf führt. Doch Pretzell wird bei der

Listenaufstellung düpiert. Gegen einen blassen Gegenkandidaten erhielt er nur knapp 50 Prozent der Stimmen. Die völkischen Rechten in der AfD hatten Widerstand organisiert.

Der Landesverband der AfD in NRW ist tief gespalten. Zum ersten Mal wurde das ganz deutlich bei der AfD-Landesversammlung, auf der an diesem und am kommenden Wochenende die Listenplätze für die Landtagswahl im kommenden Jahr verteilt werden sollen. Der Landessprecher der AfD – so nennen sich die AfD-Parteichef in den Ländern – Marcus Pretzell wurde nur mit knapp 53 Prozent der 403 Delegiertenstimmen auf den ersten Listenplatz für die kommende Landtagswahl gewählt. Er ist damit Spitzenkandidat und schon angeschlagen. Für das knappe Ergebnis machte Pretzell später AfD-Politiker aus dem Bund verantwortlich, die seine Kandidatur hintertrieben hätten. Er nannte keine Namen.

Die Listenwahl der AfD in NRW wird an diesem Wochenende in Soest und am nächsten Wochenende in Werl fortgesetzt. Die ersten 30 Plätze gelten als aussichtsreiche Startnummern für ein Landtagsmandat, wenn die AfD in NRW über fünf Prozent kommen sollte.

Zwischenzeile: Der organisierte Denzettel

Das knappe Ergebnis für Pretzell lässt sich nicht mit einem starken Gegenkandidaten erklären. Thomas Röckemann war der Konkurrent um die Spitzenkandidatur. Im Vergleich zu dem bundesweit bekannten Pretzell sprach Röckemann schwach. Der frühere Polizeibeamte und heutige Anwalt aus Minden hielt einen stockenden Vortrag, dessen Pointen verpufften. Er bekam lediglich spontane Zustimmung als er die Antifa attackierte, die vor dem Kongresszentrum in Soest demonstrierte. Ein zweites Mal wurde der Anwalt Röckemann beklatscht, als er den Grund erklärte, warum beide Sprecher der Jungen Alternative für Pretzell seien. Die beiden jungen Alternativen seien entweder bei Pretzell oder bei dessen momentaner Lebensgefährtin beschäftigt – der Bundeschefin der AfD Frauke Petry. Eine Anspielung auf Vetternwirtschaft in der AfD.

Allerdings blieb der Applaus für Röckemann trotz dieser Pointen im Gegensatz zu Pretzell sehr bemüht.

Doch Pretzell hatte auch so genügend Gegner am äußersten rechten Rand. Der Vorsitzende der AfD im Kreis Rhein-Sieg, Thomas Matzke, organisierte im Saal und auf den Gängen die Stimmung gegen Pretzell. Er habe gehört, dass Pretzell gesagt haben soll, er sei kein Patriot, sagte Matzke bei einer Raucherpause im Innenhof des Kongresszentrums. „Ich mag keine Politiker, die sich nicht als Patrioten bezeichnen“, sagte der Matzke.

Hin und wieder kam ein Stiernackiger Mann mit Glatze zu Matzke, reichte ihm Zettel in die Hand und raunte dem Kreisvorsitzenden aus Rhein-Sieg etwas ins Ohr. Matzke überlässt nichts gerne dem Zufall. „Ich führe Dossiers“, sagt Matzke einem Parteimitglied bei der Raucherpause. Er könne organisieren und betreibe Politik „systematisch.“ Matzke gehört der Patriotischen Plattform an und bewundert den völkischen Rechtsaußen der AfD aus Thüringen, Björn Höcke. Dessen jährliche Treffen auf dem Kyffhäuser sind für Matzke nach eigenen Worten Pflichttermine.

Zwischenzeile: Die völkischen Patrioten in der AfD

Die Patriotische Plattform, zu der Matzke gehört, ist ein Netzwerk von AfD-Politikern, die für eine „Zusammenarbeit“ mit der Identitäten Bewegung werben. Letztere gilt als rechtsextrem und wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Auf der Internetseite „Patriotische Plattform“ schrieben Mitglieder des rechten Flügels der AfD erst vor wenigen Wochen unter der Überschrift „Wir sind Identitär“: „Wir wünschen uns eine engere Zusammenarbeiten zwischen Identitärer Bewegung und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung und auch die Identitäre Bewegung ist eine Alternative für Deutschland.“ Die Identitäten Bewegung glaubt an den völkische These vom „großen Austausch“, wonach finstere Kräfte gezielt die Völker Europas und Deutschlands durch Einwanderung aus islami-

schen Gebieten vernichten wollen. Der Bundesvorstand der AfD hat eine Zusammenarbeit mit der Identitäten Bewegung ausgeschlossen.

Nach eigenen Worten hält sich der AfD-Rechtsaußen aus Rhein-Sieg Matzke zwar an den Beschluss des Bundesvorstandes, aber er ist dagegen, Bewegungen zu verdammen, sagt Matzke.

Mehrere Delegierte auf dem Parteitag sagten, Matzke habe die Fäden für die Kandidatur des blassen Anwalt Röckermann gegen Pretzell gezogen. Dabei ging es offenbar nicht um einen Sieg Matzkes, sondern darum Pretzell einen Denktzettel zu verpassen.

Vor der Wahl des Spitzenkandidaten sagte Matzke, selbst wenn Pretzell mit knapp 60 Prozent die Stichwahl gewinnen würde, sei dies ein Beleg, dass der Landesverband gespalten sei. Daran sei Pretzell schuld, weil er nicht alle Strömungen der Partei einbinden würde. Bei der Wahl für die Spitzenkandidatur erhielt Pretzell nur knapp über 50 Prozent. Der Plan des Höcke-Verehrers Matzke ist aufgegangen.

Neben Pretzell war in Soest häufig AfD-Bundesschefin Petry zu sehen. Nach dem knappen Sieg sagte sie, es gäbe keine inhaltliche Differenz zum Rechtsaußen der Partei Björn Höcke – man würde sich lediglich in der Rhetorik unterscheiden.

In seiner Antrittsrede nach der Wahl zum Spitzenkandidaten der AfD in NRW wettete Pretzell vor allem gegen Flüchtlinge. Abgelehnte Flüchtlinge, die nicht in ihre Heimatländer zurückgebracht werden könnten, sollten auf eine Insel deportiert werden.

In NRW sah Pretzell „Verfall“ und „Verwesung“. Ideen, wie er es besser machen könnte, hatte er nicht. Seine wenigen konkreten Vorschlägen drehten sich um alte Hüte. Infrastruktur und Datennetze sollten ausgebaut werden.

Zwischenzeile: Arbeitnehmervertreter schwach

Die wenigen Arbeitnehmervertreter in den Reihen der AfD konnten den Machtkampf zwischen Röckermann und Pretzell lediglich beobachten.

Der Bergmann und ehemalige Sozialdemokrat aus Essen Guido Reil will erst morgen entscheiden, ob er für einen Listenplatz kandidieren wird. „Das Ergebnis für Pretzell war recht knapp“, sagt Reil, der auch Mitglied der Bergarbeiter-Gewerkschaft IG BCE ist. Seine Chancen bei den Delegierten stehen schlecht.

Am Morgen hatten vor dem Kongresszentrum in Soest über 100 Menschen demonstriert. Ein Bündnis aus SPD, Linken, Grüne und DGB hatten zu einer Gegendemo aufgerufen.

Der DGB-Vorsitzende von Soest Holger Schild kann nicht verstehen, dass überhaupt Gewerkschafter zur AfD gingen. Sollteder Übertritt von Reil kein Einzelfall bleiben, „müssen wir uns eine Strategie“ überlegen, sagte Schild.-

+++ Unsere Nennung +++

Von Markus Bensmann (correctiv.ruhr)

Der Autor ist Redakteur des Recherchezentrums CORRECTIV.RUHR Die Redaktion finanziert sich ausschließlich über Spenden und Mitgliedsbeiträge. Ihr Anspruch: Missstände aufdecken und unvoreingenommen darüber berichten. Wenn Sie CORRECTIV.RUHR unterstützen möchten, werden Sie Fördermitglied. Informationen finden Sie unter correctiv.ruhr